



Mitglieder des Städteausschusses
Mainz-Wiesbaden

Teilnehmer der Sitzung
des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden

16.11.2016
Telefon: 0611 312175 po
Telefax: 0611 313907
E-Mail: magistratsbuero@wiesbaden.de

**Protokoll der Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden
am 2. November 2016,
Verwaltungsgebäude Gustav-Stresemann-Ring 15, Wiesbaden**

Teilnehmer/innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Sven Gerich (Wiesbaden)

Oberbürgermeister Gerich begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der diesjährigen Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden.

TOP 1 Sachstandbericht Kaiserbrücke

Beigeordnete Katrin Eder (Mainz) verweist auf eine Machbarkeitsstudie, die von der Stadt Mainz beauftragt wurde. Dort ist der Bau einer Spindel für Fußgänger und Radfahrer geplant, die barrierefrei die Anbindung der rechts- und linksrheinischen Radwege ermöglichen soll. Das Bauwerk liegt im Hochwasserbereich, dazu sind Auflagen des Denkmalschutzes zu beachten. Bisher gibt es für das Projekt keine gesicherte Finanzierung. Eine Verknüpfung mit der Wiesbadener Seite der Kaiserbrücke ist erwünscht.

Oberbürgermeister Gerich betont, dass die Planungen in Wiesbaden noch nicht so weit fortgeschritten sind. Gespräche mit der Bahn haben stattgefunden. Auch in Wiesbaden gibt es Planungen für eine Spindel, die ebenfalls mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt werden müssen. Eine Machbarkeitsstudie mit einer Kostenschätzung soll bis Ende November 2016 vorliegen.

Stadträtin Sigrid Mörcke (Wiesbaden) weist auf die Arbeitsgruppe des Tiefbau- und Vermessungsamtes mit der Stadt Mainz hin, die am 29.11.2016 tagen wird. Ergänzend fügt Frau Dr. Petra Beckefeld (Tiefbauamt Wiesbaden) hinzu, dass eine gemeinsame Projektierung der Baumaßnahmen für die Beantragung von Fördergeldern sinnvoll ist, um die Chancen auf die Förderung durch den Bund zu erhöhen.

Stadtverordneter Hans-Martin Kessler (Wiesbaden) kritisiert den unansehlichen Zustand im Umfeld des Brückenaufgangs in Wiesbaden und bittet dies bei den Planungen zu beachten. Frau Dr. Beckefeld sagt eine kritische Überprüfung der Gesamtsituation zu.

Oberbürgermeister Michael Ebling (Mainz) sagt eine Überprüfung der Eigentumsverhältnisse der Grundstücke an den Brückenaufgängen zu (Ergebnis wird nachgereicht).

Stadtverordneter Hartmut Bohrer (Wiesbaden), bittet um aktuelle Informationen zur Bahnstrecke Rotterdam-Genua.

Die Ausführungen der Beigeordneten Eder, werden zur Kenntnis genommen, wonach

- es durch die Stahlkonstruktion der Kaiserbrücke zu erheblichen Lärmbelastungen in einem weiten Umkreis kommt,
- die Bahn derzeit keine Lärmsanierung plant,
- die Stadt Mainz dem EVTZ (Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit „Interregional Alliance for the Rhine-Alpine-Corridore“) beigetreten ist,
- eine Finanzierung von Anti-Bahnlärmprojekten über den Bundeshaushalt erfolgt und für eine Verbesserung der Situation die Bundestagsabgeordneten beider Städte eingebunden werden müssen.

Frau Dr. Christiane Döll (Umweltamt Wiesbaden) ergänzt, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden in einer Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan für die Realisierung der rechtsrheinischen Güterverkehrs-Neubaustrecke ausgesprochen hat. Dies könnte eine Minderung von ca. 125 Güterzügen pro Tag und damit eine deutliche Entlastung bedeuten. Da die Maßnahme unter „Vorhaben des Potentiellen Bedarfs“ im Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgeführt ist, kann von einer Realisierung in den nächsten 15 Jahren nicht ausgegangen werden.

Verantwortlich: Mainz
Dezernat für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr (Dezernat V)
Wiesbaden
Dezernat für Stadtplanung, Bau und Verkehr (Dezernat IV)
Dezernat für Umwelt und Soziales (Dezernat II)

TOP 2 Planungen zur Stadtbahn / Citybahn

Oberbürgermeister Gerich erläutert die mittel- bis langfristigen Planungen für den Bau einer Citybahn zwischen den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden und führt aus, dass

- sieben von acht in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen sich für den Einstieg in die Planung ausgesprochen haben,

- durch stetig wachsende Fahrgastströme das derzeitige System der Beförderung mit Bussen an einer Grenze angelangt ist,
- mit der Gründung einer Planungsgesellschaft das Projektierungsverfahren beschleunigt werden soll,
- mit der Planung auf der stark frequentierten Strecke Wiesbaden Hauptbahnhof nach Mainz begonnen werden soll.

Oberbürgermeister Ebling begrüßt das mittelfristige Projekt. Die Pressemitteilungen haben den Eindruck erweckt, dass man „kurz vor dem Spatenstich“ stehe. Die Stadt Mainz hat sich für einen Ausbau des Straßenbahnnetz entschieden. Dafür war ein langfristig angelegtes Planungsverfahren (Planfeststellungsverfahren, Bürgerbeteiligung etc.) erforderlich.

Stadtratsmitglied Brian Huck (Mainz) begrüßt ebenfalls das Vorhaben und schlägt die Einbeziehung des Kasteler Bahnhofs vor, die auch den Mainzer Bürgerinnen und Bürgern eine schnelle Verbindung nach Frankfurt ermöglicht.

Stadtratsmitglied Martina Kracht (Mainz) regt an, die Diskussion in den Fraktionen der beiden Stadtparlamente zu führen.

Verantwortlich: Wiesbaden
Dezernat für Stadtplanung, Bau und Verkehr (Dezernat IV)

TOP 3 Mainzer Sommerlichter 2017 - Einbindung Kasteler Ufer; Kooperation Mainz-Wiesbaden

Die Ausführungen des Beigeordneten Christopher Sitte (Mainz) werden zur Kenntnis genommen, wonach die in der Zeit vom 29. Juli bis 31. Juli 2016 erstmals durchgeführte Veranstaltung „Mainzer Sommerlichter“ mit ca. 140.000 Besuchern sehr erfolgreich war. Für das nächste Jahr sind die Mainzer Sommerlichter vom 28. Juli bis zum 30. Juli 2017 geplant. Eine Ausdehnung der Veranstaltung auf die Kasteler Rheinseite und damit verbunden, die gemeinsame Ausrichtung des Festes mit der Stadt Wiesbaden ist wünschenswert. Die Stadt Mainz bietet die Organisation durch „mainzplus CITYMARKETING“ an.

Oberbürgermeister Gerich gratuliert der Stadt Mainz zu der gelungenen Veranstaltung. Er begrüßt eine zukünftige gemeinsame Durchführung außerordentlich und hält eine Diskussion in den Fraktionen des Stadtparlamentes für erforderlich.

Ortsvorsteherin Christa Gabriel (Ortsbeirat Kastel) bestätigt die positive Resonanz der Veranstaltung bei der rechtsrheinischen Bevölkerung und schlägt vor, die Anwohner in die Planungen mit einzubinden.

Stadtrat Rainer Schuster (Wiesbaden) befürwortet ebenfalls eine gemeinsame Ausrichtung des Festes unter Berücksichtigung gemeinsamer Sicherheitsmaßnahmen für eine geordnete Durchführung.

Herr Martin Michel (Wiesbaden Marketing) betont die Notwendigkeit eines Sicherheitskonzeptes und weist auf die andere Infrastruktur auf der Wiesbadener Seite hin. Bereits in diesem Jahr wurde das Fest von Wiesbaden Marketing beworben und Schiffstickets verkauft. Mit einem Auftrag aus dem Stadtparlament bekommt die Planung entsprechenden „Rückenwind“.

Ortsvorsteher Stephan Lauer (Ortsbeirat Kostheim) weist auf die schwierigen Verkehrslagen nach den Feuerwerken (auch bei der Johannismacht) auf der Maaraue und in Kostheim hin und bittet um eine Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei und um Einrichtung eines Pendelverkehrs auf die Maaraue.

Verantwortlich: Mainz
Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften und Ordnungswesen (Dezernat III) / mainzplus CITYMARKETING
Wiesbaden
Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften (Dezernat III) / Wiesbaden Marketing

TOP 4 Themen aus den Ortsbeiräten

- Fahrradverleihsystem

Ortsvorsteher Lauer schlägt eine Vereinfachung des Mainzer Fahrradverleihsystems durch die Möglichkeit der Bezahlung durch Kreditkarte analog der Zahlung in den Parkhäusern vor. Damit soll eine bessere Nutzung für Hotel- und Campingplatzgäste möglich werden.

Beigeordnete Eder betont, dass das Mainzer Fahrradverleihsystem nicht für Touristen, sondern als Alltagsverkehrssystem konzipiert wurde. Frau Eder weist auf die Möglichkeit für Hoteliers hin, sich über die Touristikzentrale am Rathaus in Mainz oder direkt bei der „MVGmeinRad“ als Nutzer registrieren zu lassen.

Oberbürgermeister Gerich bestätigt ein hohes Maß an Interesse an einem Fahrradverleihsystem in Wiesbaden, das mit dem Mainzer System kompatibel sein sollte. Die Studentenschaft der Hochschule Rhein-Main habe sich allerdings bereits dem Radverleih der Deutschen Bahn angeschlossen.

Stadträtin Möricke berichtet über Kontakte von ESWE-Verkehr mit der MVG zu dieser Thematik.

Verantwortlich: Mainz:
Dezernat für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr (Dezernat V)
Wiesbaden:
Dezernat für Stadtplanung, Bau und Verkehr (Dezernat IV)

- Fluglärm

Die Ausführungen und die Präsentation von Frau Dr. Döll zum Sachstand der Fluglärmbelastung im Bereich Kastel/Kostheim und zu den Entlastungsmöglichkeiten werden zur Kenntnis genommen (Anlage 2):

- Bei Betriebsrichtung 07 (Ost) ist Kostheim durch Anflüge betroffen. Ein direkter Überflug findet nicht statt. Durch die räumliche Nähe und die niedrige Höhe der anfliegenden Maschinen auf die Landebahn Nordwest gibt es eine hohe Lärmbelastung.

Eine Entlastung für Kostheim bei Betriebsrichtung Ost ist nur durch deutlich weniger Flüge möglich (beispielsweise am 11.10.2016 war Kostheim durch 343 Anflüge auf die Landebahn Nordwest betroffen). Durch die Änderung des Anflugwinkels von bisher 3° auf 3,2° Ende 2014 haben sich die Anflüge um ca. 40 m im Bereich Kostheim erhöht. Ein steilerer Anflugwinkel von bis zu 4,5° konnte nicht in den Regelbetrieb übernommen werden.

- Die Fluglärmbelastung bei Betriebsrichtung 25 (West) resultiert durch die Abflüge. In den vergangenen Monaten wurden die Abflugverfahren TABUM-NW (Richtung Norden) und BIBTI-NW (Richtung Westen) vermehrt genutzt, die Südumfliegung TABUM-M dagegen weniger. Die BIBTI-NW-Routen verlaufen über Kastel und Kostheim.

Die Lotsen der Deutschen Flugsicherung entscheiden, welches Flugverfahren genutzt wird. Nach dem Migrationsplan sollten die BIBTI-NW-Abflugstrecken im Durchschnitt nur noch maximal zwei Mal pro Tag befliegen werden, was aber nicht eingehalten wird. So gab es am 15.10.2016 beispielsweise 21 Abflüge. Eine Entlastung ist möglich, wenn der Migrationsplan eingehalten würde. Eine höhere Flughöhe der BIBTI-NW-Abflüge ist nicht zu realisieren.

Oberbürgermeister Gerich weist auf die Zusammenarbeit in der Fluglärmkommission hin.

Verantwortlich: Wiesbaden
Dezernat für Umwelt und Soziales (Dezernat II)

- Hochwasserschutz

Frau Dr. Döll erläutert die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen für den Hochwasserschutz. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz ist jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen. Während das Landeswassergesetz von Rheinland-Pfalz den Bau von Hochwasserschutzanlagen regelt, sind im Hessischen Wassergesetz nur Vorgaben zur Umsetzung baulicher Maßnahmen innerhalb von Schutzgebieten und zur Unterhaltung bereits vorhandener Deichanlagen enthalten.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Maßnahmen entsprechend der gesetzlichen Vorhaben umgesetzt. Im Rahmen von Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren wird darauf geachtet, dass kein Retentionsraum verloren geht und Gebäude hochwassersicher errichtet werden. Bei Bestandsgebäuden liegen alle Pflichten zur Vorsorge gegen die Schäden einer Überflutung beim jeweiligen Eigentümer.

Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bietet das Umweltamt ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot an. Darüber hinaus hat die Landeshauptstadt Wiesbaden Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Einrichtung mobiler Hochwasserwände in Schierstein und Kostheim ergriffen (Anlage 3).

Stadtverordneter Ronny Maritzen (Wiesbaden) fordert vor dem Hintergrund der Zunahme von Hochwasserereignissen eine Verstärkung der Vorsorge und eine Vertiefung der Zusammenarbeit der Städte.

Beigeordnete Eder berichtet, dass der Hochwasserschutz ein Lieblingsthema des rheinlandpfälzischen Umweltministeriums ist, trotzdem linksrheinisch Überprüfungsbedarf bestehe (z. B. für das Gebiet zwischen Winterhafen und dem Zollhafen in Mainz). Mit dem Hinweis auf die Hochwasserpatenschaft mit dem Kreis Mainz-Bingen und Budenheim verbindet Frau Eder das Angebot an die Stadt Wiesbaden zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Stadtverordneter Kessler bemängelt die unterschiedlichen Qualitätsstandards der beiden Bundesländer beim Hochwasserschutz und die sich daraus ergebenden negativen Auswirkungen auf die rechte Rheinseite. Hier sind die am Rhein liegenden Wiesbadener Stadtteile stärker betroffen. Stadtverordneter Kessler fragt, ob bei den Berechnungen für das Stadtgebiet von Wiesbaden die Hochwasserschutzmaßnahmen von Rheinland-Pfalz berücksichtigt sind. Das Umweltamt wird diese Frage an das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie weitergeben und die Antwort mitteilen.

Verantwortlich: Mainz
Dezernat für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr (Dezernat V)
Wiesbaden
Dezernat für Umwelt und Soziales (Dezernat II)

- Weiterführende Schulen

Ortsvorsteher Lauer bittet um Informationen zum Sachstand planbarer und verlässlicher Zusagen zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus AKK in Mainzer Schulen durch die Landeshauptstadt Mainz. Herr Lauer schlägt dafür einen finanziellen Ausgleich durch die Landeshauptstadt Wiesbaden vor.

Oberbürgermeister Ebling führt dazu aus, dass der Bau von Schulen mit Raumplanungen nach den eigenen Bedarfen begründet werden. Es werden, wie bisher, Schülerinnen und Schüler aus AKK aufgenommen, wenn noch Platz vorhanden ist. Die Entscheidung liegt bei den Schulen. Im letzten Schuljahr waren dies 219 Schülerinnen und Schüler (ohne Privatschulen).

Stadträtin Rose-Lore Scholz (Wiesbaden) dankt Oberbürgermeister Ebling für die Ausführungen und weist darauhin, dass mit dem zuständigen Mainzer Dezernenten Kurt Merkator immer wieder versucht wurde, Lösungen zu finden. Verlässliche Zahlen sind für die Schulentwicklungsplanung von Vorteil. Die Wünsche der Eltern aus AKK nach einem Schulbesuch ihrer Kinder in Mainz sind bekannt. Auch in Wiesbaden ist für diese Schülerinnen und Schüler ausreichend Schulraum vorhanden.

Oberbürgermeister Gerich befürwortet eine Diskussion im Stadtparlament, wo über die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung zusätzlicher Schulkapazitäten in Mainz entschieden werden müsste.

Verantwortlich: Mainz
Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit
(Dezernat IV)
Wiesbaden
Dezernat für Schulen, Kultur und Integration (Dezernat V)

- Freiluftgalerie

Oberbürgermeister Gerich verliest ein Schreiben der Ortsverwaltung Kastel/Kostheim (Anlage 4).

Ortsvorsteherin Gabriel fragt nach dem Planungsstand in Mainz.

Nach Mitteilung der Beigeordneten Marianne Grosse (Mainz) haben sich beide Kulturverwaltungen bereits 2015 ins Benehmen gesetzt und gehen jetzt gemeinsam in die weitere Planung. Die Stadt Mainz arbeitet mit dem Land zusammen. Auch im Mainzer Haushalt sind dafür keine Mittel vorhanden.

Oberbürgermeister Gerich verweist auf eine mögliche Drittmittelfinanzierung durch das Land und den Kulturfonds Rhein-Main.

Verantwortlich: Mainz
Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit
(Dezernat IV)
Wiesbaden
Dezernat für Schule, Kultur und Integration (Dezernat V)

TOP 5 Verschiedenes

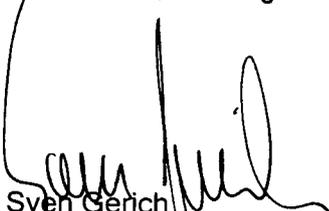
- Stadtverordneter Bohrer erinnert an die Festlegung zur Sanierung der Erbenheimer Warte in der letzten Sitzung des Städtausschusses Mainz-Wiesbaden.

Nach Mitteilung von Oberbürgermeister Gerich ist der Bauantrag gestellt und liegt der Unteren Denkmalschutzbehörde zur Beurteilung vor.

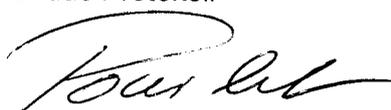
- Die Ausführungen des AKK-Beauftragten Maus (Mainz) werden zur Kenntnis genommen, wonach die für 2016 geplante Sanierung der Treppenanlage der Reduit wegen verschiedener Probleme nicht gestartet werden konnte. Die Fördergelder konnten in das Jahr 2017 verlagert werden und die Maßnahme soll in 2017 beendet werden.
- Frau Dr. Beckefeld berichtet zum Sachstand der Beseitigung der Spurrillen auf der Theodor-Heuss-Brücke und teilt mit, dass alle Ergebnisse im Bereich der Toleranzen liegen und keine Gefährdungen für die Verkehrsteilnehmer vorliegen. Die Auffahrt zur Brücke auf der Mainzer Seite ist noch zu sanieren.

Oberbürgermeister Gerich dankt den Anwesenden für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

Wiesbaden, den 16 November 2016


Sven Gerich
Oberbürgermeister

Für das Protokoll


Ursula Powilat
Büro des Magistrats